Plenarprotokoli 9/2

DER I

9. Wahlperiode

28.06.78

# 2. Sitzung

Mittwoch, 28. Juni 1978

Vorsitzender: Präsident Schulz

# Inhalt

Mitteilungen des Präsidenten		Dringliche Senatsvorlage:	
Rücktritt von zwei Senatoren	13 A	Verleihung des Ehrenbürgerrechts	
Ausscheiden, Wiedereintritt und Nachrücken von Abgeordneten	13 B, 19 C	an den langjährigen Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft, Herm Herbert Dau	
Konstituierung der Fraktionsvorstände der SPD und der CDU	40.0	— Drucksache 7 —	19 D
	13 C	Klose, Erster Bürgermeister	19 D
Antrag der Fraktion der SPD:		Schulz, Präsident	21 B
Festsetzung der Zahl der Senatoren  — Drucksache 5 —	13 D	Beschluß	22 A
Echternach CDU	13 D	Dringliche Senatsvorlage:	
Hartmann SPD	15 A	Zwölftes Gesetz zur Änderung des	
Prosch CDU	17 A	Hamburgischen Beamtengesetzes  — Drucksache 11 —	22 B
Beschluß	18 C	Lattmann CDU	22 B
Antrag der Fraktion der SPD:		Hartmann SPD	23 B
Wahl von Senatoren		Beschluß	24 A
— Drucksache 6 —	18 C	Dringliche Senatsvorlage:	
Ergebnis	18 D	Mittel des Bürgerausschusses nach	
Vereidigung der Senatoren	18 D	Artikel 31 Abs. 2 der Verfassung — Nachforderung von Haushaltsmitteln	
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU:		<b>1978</b> — Drucksache 8 <b>—</b>	24 C
Einsetzung der Ausschüsse		Beschluß	24 C
— Drucksache 10 —	19 D		
Beschluß	19 D	Nächste Sitzung	24 C

5. 1L

Beginn: 16.06 Uhr

**Präsident Schulz:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Die Herren Senatoren Weiß und Dr. Seeler haben mit gleichlautenden Schreiben vom 26. bzw. 28. Juni 1978 mitgeteilt, daß sie als Senatoren mit Wirkung vom heutigen Tage zurücktreten: Herr Senator Weiß mit Wirkung von 15 Uhr und Herr Senator Dr. Seeler mit Wirkung von 16 Uhr.

Meine Damen und Herren! Vor dem Dank des Hauses für die Arbeit der beiden Herren im Senat kommt zunächst unsere Freude, beide als unsere Kollegen hier wieder begrüßen zu können. Ich sehe Herrn Dr. Seeler; ich nehme an, daß Herr Weiß noch erscheinen wird.

Die Bürgerschaft kann diese Verstärkung von Sachverstand und Erfahrung natürlich gut vertragen.

(Hartmann SPD: Das ist richtig! und Beifall bei SPD und CDU)

Beide werden sich ein wenig umgewöhnen müssen, um nun das Gremium zu kontrollieren, dem sie so viele Jahre angehört haben. Das ist schwierig, aber es ist möglich; ich weiß, wovon ich rede.

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Meine Damen und Herren! Es ist ein guter Brauch, daß das Parlament es beim Dank an die ausgeschiedenen Senatoren kurz macht. Aber bei diesen beiden — und Kollege Seeler wird es mir verzeihen, wenn ich sage: insbesondere bei dem Kollegen Weiß — fällt mir denn doch das ein bißchen schwer.

Mit Ihnen sind die dienstältesten Mitglieder aus dem Senat ausgeschieden. Herr Seeler hat dem Senat 12 Jahre angehört, über 12 Jahre, Herr Weiß gar über 21 Jahre.

Sie, Herr Seeler, haben in diesen 12 Jahren nacheinander drei Ressorts geleitet. Es liegt in der Natur der Sache, daß Ihre Politik in dieser Zeit Gegenstand des Streites in diesem Hause war. Und das wird nachwirkend auch noch so bleiben. Aber alle Abgeordneten, unabhängig von der politischen Richtung, schulden Ihnen Dank für Tatkraft und für Engagement im Dienste unserer Stadt. Herzlichen Dank!

#### (Beifall bei SPD und CDU)

Herr Kollege Weiß hat sich in den ganzen 21 Jahren der Arbeit für die Schwachen, für die zu kurz Gekommenen, für diejenigen, die mühselig und beladen sind, gewidmet. Und er ist in dieser Zeit so etwas wie eine Institution geworden. Menschlichkeit und Herz sind die beiden Stichworte, die jeder von uns mit Ernst Weiß in Verbindung bringt. Ich denke, wir hier können heute nichts Besseres tun, als uns dem Dank der vielen, denen Ernst Weiß geholfen hat, anzuschließen.

# (Beifall bei SPD und CDU)

Für zwei unserer Kollegen aus der letzten Sitzung, aus der ersten dieser Legislaturperiode, bedeutet das Ausscheiden der beiden Senatoren und ihre Reaktivierung als unsere Kollegen hier im Hause das Ausscheiden aus dem Parlament. Die Herren Claus-Erich Weiß und Henry Brügmann sind betroffen, aber wie ich annehme, nur für kurze Zeit.

Die Abgeordnete Frau Breuel hat mitgeteilt, daß sie mit Ablauf des 28. Juni 1978, also mit Ablauf des heutigen Tages, ihr Mandat als Bürgerschaftsabgeordnete niederlegen wird. Wir wünschen Frau Breuel — ich weiß gar nicht, ob sie da ist;

(Echternach CDU: Sie wird gerade vereidigt!)

dann bitte ich das auszurichten — alles Gute und für ihre Arbeit in Niedersachsen viel Erfolg. Wir hoffen für die Stadt, daß die Tatsache, daß sie aus Hamburg kommt, vielleicht bei der einen oder anderen Gelegenheit in ihrem Herzen und in dem, was sie tut, noch eine Rolle spielen wird.

#### (Beifall bei SPD und CDU)

Ich habe dann mitzuteilen, daß sich die Fraktionsvorstände der beiden Fraktionen konstituiert haben. Nun kann man so etwas auch zu Protokoll geben, aber ich denke, angesichts der Bedeutung von Fraktionsvorständen sollte ich das hier mitteilen.

Dem Vorstand der SPD-Bürgerschaftsfraktion gehören an:

Herr Ulrich Hartmann als Fraktionsvorsitzender und die Herren Bodo Schümann und Dr. Henning Voscherau als Stellvertreter; außerdem als Beisitzer die Abgeordneten Dr. Damkowski, Hinze, Helga von Hoffmann, Karotka, Kern, Saalfeld, Scheunemann-Werner, Schnelle, Schulz und Dr. Weiland.

Der Vorstand der CDU-Fraktion setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Herr Echternach,

1. stellvertretender Vorsitzender: Herr Prosch, stellvertretender Vorsitzender: Herr Perschau,

Beisitzer: Birgit Breuel

 das wird sich ja bald ändern; aber heute ist das noch so, habe ich mir sagen lassen, und deswegen teile ich es auch noch mit —,

Ehlers, Charlotte Fera, Fischer, Lattmann und Willich.

Dann gibt es die Mitglieder kraft Amtes de Chapeaurouge und Franz und die kooptierten Mitglieder Blumenfeld und Kelber.

Ihnen ist zu Punkt 3 der Tagesordnung die Drucksache 6 nachgeliefert worden. Ich nehme an, sie ist inzwischen verteilt und liegt auf allen Plätzen.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt die Abgeordneten Dr. Becker, Blumenfeld, Boysen, Frau Breuel, Dr. Hauke und Springborn.

Zur Aktuellen Stunde sind Themen nicht angemeldet.

Ich rufe auf den

# Punkt 2:

Antrag der Fraktion der SPD:

# Festsetzung der Zahl der Senatoren — Drucksache 5 —

Wird das Wort gewünscht? Das Wort hat Herr Echternach.

Echternach CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion, die Zahl der SeD

(Echternach CDU)

natoren von 11 auf 13 zu erhöhen, hat wohlweislich keine Begründung enthalten. Wir wissen zwar aus der Presse, welche Veränderungen der Behördenstruktur geplant und damit mit diesem Antrag verbunden sind, aber gerade aus diesem Grunde verstehe ich um so mehr, daß eine offizielle Begründung nicht gegeben wurde. Auch Ihnen, Herr Hartmann, dürfte es schwerfallen, für das, was geplant ist, eine überzeugende Begründung abzugeben. Denn es ist doch gerade erst zwei Jahre her, daß die SPD-Fraktion hier in diesem Hause für eine Reduzierung der Zahl der Senatoren von 12 auf 11 eingetreten ist, die sie mit sehr einleuchtender Begründung uns hier vorgetragen und auch entsprechend durchgesetzt hat. Dabei erklärten Sie. Herr Hartmann, hier namens der SPD-Fraktion wörtlich - ich darf diese goldenen Worte, mit Genehmigung des Präsidenten, vorlesen -:

"Im übrigen sollten Sie nicht glauben, daß es schon Politik sei, wenn man Behördenstrukturen verändert. Wir haben dabei — das will ich ganz offen sagen — auch sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Unsere Erfahrungen gehen eher dahin, zu sagen, daß wir Behördenstrukturveränderungen in Zukunft möglichst nicht mehr vornehmen sollten. Wenn man einmal fragt, wie lange es dauert, bis eine neue Behörde zustande gebracht worden ist, dann muß man auch ins Kalkül ziehen, welche unglaubliche Bürokratie dabei produziert wird."

(Hartmann SPD: Richtig!)

"Das kostet doch auch alles Geld. Ich bitte, das einmal in das Kalkül mit einzubeziehen.

Wir meinen, daß die jetzt gefundene Lösung eine gute Lösung ist."

Wenn die SPD-Fraktion heute genau das Gegenteil von dem beschließen will,

(Hartmann SPD: Aber Sie doch auch!)

was sie noch vor zwei Jahren hier ausdrücklich als richtig erklärt hat, dann haben dabei offenbar keine sachlichen Überlegungen Pate gestanden, sondern andere Rücksichtnahmen.

Dieser Antrag ist offenbar das Ergebnis dessen, was der Parteivorstand der SPD schon am Tag nach der Bürgerschaftswahl dem alten und neuen Bürgermeister auf den Weg gegeben hat, nämlich - wie es damals so schön hieß - das "Spektrum der Kompromißfähigkeit der SPD nach innen und nach außen zu erweitern" Mit anderen Worten: Weil der sozialistische Flügel Ihrer Partei mehr Einfluß, mehr Mitsprachemöglichkeit haben sollte, weil das Senatsschiff stärker auf Linkskurs gebracht werden soll, sollen daraus jetzt die Konsequenzen gezogen werden. Um dieses personell zu ermöglichen, soll jetzt die Zahl der Senatoren aufgestockt werden, müssen jetzt Repräsentanten des gemäßigten Flügels Konsequenzen ziehen, müssen gleichzeitig alle Überlegungen über die zweckmäßigste Behördenstruktur auf der Strecke bleiben.

Offenbar stört es Sie nicht im geringsten, daß dies zu einer weiteren Aufblähung der Verwaltung, zu einer Erschwerung der Koordination der Behördenorganisation, zu einer weiteren Ausfransung führen muß. Es stört Sie offenbar ebensowenig, daß Sie noch vor zwei Jahren genau das Gegenteil gesagt haben, zum Beispiel auch zu der Behörde für Wissenschaft und

Kunst, zu der damals der Fraktionsvorsitzende der SPD wörtlich ausgeführt hat:

"Ebenso hat sich die Bildung einer Behörde für Wissenschaft und Kunst in der Praxis bewährt. Wir wollen es ausdrücklich bei diesem Zustand belassen."

Es stört Sie offenbar genausowenig, daß jetzt aus der Innenbehörde ein zentraler Teil herausoperiert werden soll, nämlich die Kommunalaufsicht, ohne die ein Innenministerium eigentlich ein schlechter Witz ist. Wenn Sie diesen zentralen Teil jetzt aus der Innenbehörde herausnehmen wollen, wird daraus, auch wenn Sie ihn noch grün anmalen, keine lebensfähige eigenständige Behörde, sondern Sie demonstrieren im Grunde nur, was Sie vom gegenwärtigen Innensenator halten. Entweder gehört der Innensenator zu den beiden einzigen "guten" Senatoren, die entsprechend Ihrem Wahlspruch in ihrem Amt "bewahrt" werden sollen, dann aber müssen Sie ihnen auch die Chance geben, dieses Amt ganz wahrzunehmen, oder aber Sie sollten sich nach einem Senator umsehen, dem Sie zutrauen, ein Innenressort auch wirklich führen zu können. Aber orientieren Sie doch bitte nicht die Hamburger Behördenstruktur an den Möglichkeiten und Grenzen Ihres eigenen Personalangebots.

# (Beifall bei der CDU)

Es stört Sie anscheinend auch genausowenig, daß Hamburg als eines der kleinsten Bundesländer nunmehr die zahlenmäßig größte Regierung aller Bundesländer bekommen soll, und nicht nur mit Berlin zusammen die zahlenmäßig größte, sondern auch die mit Abstand teuerste Regierung aller deutschen Bundesländer. Während wir als Hamburger Landesparlament immer stolz darauf waren, mit unseren Diäten das Schlußlicht unter allen deutschen Bundesländern zu bilden.

(Hartmann SPD: Was hat das denn mit Diäten zu tun?)

entwickelt der Senat offenbar genau den umgekehrten Ehrgeiz.

(Prosch CDU: Sehr wahr!)

Denn an das stolze Amtsgehalt eines Hamburger Senators kommt in der Höhe kein anderer deutscher Landesminister heran.

(Dr. Voscherau SPD: Das ist weder richtig noch originell!)

Dieses jetzt mal dreizehn genommen, bedeutet in der Quintessenz ein auffälliges Mißverhältnis zu unserer gegenwärtigen Finanz- und Haushaltslage und nicht zuletzt zu dem über 700 Millionen DM betragenden Defizit, das wir im laufenden Jahr im Haushalt zu verzeichnen haben.

(Dr. Damkowski SPD: Da haben Sie ja wieder einmal einen Deckungsvorschlag!)

Zusätzliche Senatoren, Herr Damkowski, bedeuten nicht nur zusätzliche Amtsgehälter, sie bedeuten zusätzliches Büropersonal, bedeuten zusätzliche Chauffeure, bedeuten zusätzliche persönliche Stäbe, bedeuten nicht zuletzt auch zusätzliche Staatsräte mit noch einmal zusätzlichem Behördenpersonal, zusätzlichen Chauffeuren, zusätzlichen Personalstäben. Wie können Sie eigentlich von den nachgeordneten Ämtern

D

(Echternach CDU)

A und Dienststellen der Hamburger Verwaltung Verständnis für Einschränkungen erwarten, wie von den Mitbürgern draußen Verständnis für Einsparungen, wenn der Senat selbst mit so schlechtem Beispiel vorangeht?

#### (Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Es ist schon problematisch genug, daß sich durch die neue Zusammensetzung der SPD-Bürgerschaftsfraktion die Gewichte der Hamburger Politik deutlich nach links verschieben werden.

### (Zuruf von Paulig SPD)

Aber es wird ein Ärgernis daraus, Herr Paulig, wenn dies dazu führt, daß in Zukunft überflüssige Senatoren, entbehrliche Behörden und damit letztlich Verschwendung von Steuermitteln diese Entwicklung begleiten. Deshalb wird meine Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Schulz: Das Wort hat Herr Hartmann.

Hartmann SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als die Zahl der Senatoren vor vier Jahren verändert wurde, gab es selbstverständlich auch Kritik der Opposition. Ich muß sagen: Das, was Sie hier zitiert haben, gefällt mir nach wie vor ungeheuer gut, ich fand es gut und wollte klatschen; es hätte nur so dumm ausgesehen, wenn ich als einziger geklatscht hätte.

### (Echternach CDU: Vor zwei Jahren!)

Es ist völlig richtig, daß in dem Moment, in dem man darüber diskutiert, ob man die Zahl der Senatoren vermehren soll, zunächst einmal, insbesondere bei jemandem, der jahrelang im Haushaltsausschuß tätig war, so eine Sperre einsetzt und man sich die Frage stellt, ob dies denn zu rechtfertigen sei. Und dann, meine ich, kann man die Frage nicht damit beantworten, daß man sagt, irgendeine Zahl, die zufällig festgesetzt sei - solche Zahlen sind immer Zweckmäßigkeitszahlen, die bekanntlich politischer Willensbildung unterliegen —, also eine bestimmte Ausgangszahl sei gewissermaßen gottgewollt -"Echternach-gewollt" oder so etwas. Das wäre natürlich denkbar. Man muß vielmehr fragen, mit wieviel Senatoren - im alten Faile 11 - die Aufgaben, die vor uns stehen, bewältigt werden können. Und da ist zunächst einmal darauf hinzuweisen, daß die CDU in den Wahlkampf gezogen ist, mit der Bemerkung, sie wolle die Zahl der Senatoren vermindern. Das ist auch klar, weil im Gegensatz zu Ihrer Behauptung nicht wir ausgeblutet sind, sondern Sie; nur einen Externen haben Sie mobilisieren können, oder: der nicht anwesende Herr Blumenfeld hat ihn mobilisieren können; jetzt ist er in der Versenkung verschwunden. Sie haben also vorgeschlagen, den Bereich Kultur aus der Behörde für Wissenschaft und Kunst herauszulösen und beim Ersten Bürgermeister einen sogenannten Kulturbeauftragten einzusetzen, der sicher auch nicht wesentlich weniger verdient hätte als ein Senator. Das heißt also: Über den Grundsatz, daß wir der Meinung sind, daß die Kultur aus der Wissenschaftsbehörde herausgelöst und zu einem eigenständigen Bereich werden sollte, kann es eigentlich zwischen CDU - wenn Sie sich an die Aussagen des Herrn Blumenfeld, jedenfalls vor der Wahl, halten — und der SPD gar keine Meinungsverschiedenheiten geben. Sie haben es selber vor der Wahl vorgeschlagen. Der einzige Unterschied besteht darin, daß Sie einen Kulturbeauftragten an die Spitze dieser "Behörde" setzen wollten und wir einen Senator. Es mag sein, daß dies beim Jahresgehalt vielleicht 5000 DM Unterschied sind. Also, wenn das die Alternative der Opposition ist — danke schön, kann ich nur sagen. Das finde ich nicht berauschend.

# (Haarmeyer CDU: Aber mit Deckungsvorschlag, Herr Hartmann!)

In der Presse gibt es eine Diskussion darüber, ob das denn richtig sei: 13 Senatoren! Das sei ja eine Aufblähung; wenn der Bürgermeister das vor der Wahl gesagt hätte, so kann man in einigen Organen lesen, dann hätte der Wähler vielleicht anders entschieden. Ich stelle fest: In der Frage Kulturbehörde hat er schon vor der Wahl offen seine Meinung gesagt. Und in der zweiten Angelegenheit - Behörde für bezirkliche Angelegenheiten - hat eigentlich die CDU schuld, wenn ich mal spitzfindig sein darf. Sie werden sich erinnern, daß wir ein Bezirksverwaltungsgesetz verabschiedet haben und uns die CDU monatelang signalisiert hat, daß dieses Gesetz nicht mehr über die Bühne gehe. Und nachdem wir Ihnen im Ausschuß zugestanden hatten, daß Doppelmitgliedschaften zwischen Bürgerschaft, Bezirksversammlung und Ortsausschuß künftig doch wieder möglich sein sollen,

# (Perschau CDU: Unverschämtheit! Frech und unverfroren!)

haben Sie plötzlich und, wie ich zugeben will, völlig überraschend für uns

### (Perschau CDU: Heuchler!)

erklärt, daß Sie bereit seien, dieses Gesetz mitzutragen. — Herr Präsident, darf ich darauf aufmerksam machen, daß Herr Perschau mich als "Heuchler" bezeichnet.

# (Ehlers CDU: Und das mit Recht!)

Wieso ist das eine Heuchelei? Ich schildere einen Tatbestand völlig wertfrei. Das ist die reine Wahrheit, die reine Wahrheit.

Man kann natürlich aus dem Wahlergebnis auch die Konsequenz ziehen, daß es gut sei, wenn Bürgerschaftsfraktionen, überhaupt Parteien, möglichst unterhalb der Gürtellinie miteinander umgingen. Ich meine, daß sich bei dieser Bürgerschaftswahl doch gezeigt hat, daß in der Tat ein erhebliches Protestwählerpotential vorhanden ist, die Nichtwähler einmal hinzugerechnet, und deshalb der Versuch, sich sozusagen durch Wortradikalismus das Wasser abzugraben, endlich einmal aufhören sollte. Ich gebe zu, daß ich selber Sünder der Vergangenheit bin. Aber ich will mich gern bemühen, dieses zu beenden.

# (Ehlers CDU: Bisher war das auch kein Beitrag dazu! Das müssen Sie zugeben! — Beifall bei der CDU)

Warum aber die Bezeichnung als Heuchler? Fassen Sie sich mal an die eigene Nase: "Heuchler — Heuchler"!

(Zurufe von der CDU)

(Hartmann SPD)

Ich bin also schon der Meinung, daß dieses neue Bezirksverwaltungsgesetz von uns sehr ernst genommen werden sollte. Es wird zu einer Fülle von Problemen führen. Und was absolut notwendig ist, ist, daß die Bezirke endlich einmal einen Anwalt im Senat bekommen. Sie haben nun natürlich der Versuchung nicht widerstehen können, sozusagen zu unterstellen, daß diese Herausgliederung aus der Innenbehörde bedeute, daß in dieser Frage gewissermaßen dem amtierenden Innensenator ein hinreichendes Vertrauen von der SPD nicht zugebilligt werde. Das ist natürlich barer Unsinn. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, daß dieser Innensenator seinerseits diese Vorstellung entwickelt und von sich aus darauf aufmerksam gemacht hat.

(Echternach CDU: Das läßt tief blicken!)

daß bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes eine derartige Aufgabenfülle mit dem Erfordernis, am Orte, in den sieben Bezirken nämlich, anwesend zu sein, . . .

(Zuruf von Fischer CDU)

— Mein Gott, ist es denn nicht möglich, sachlich miteinander zu diskutieren?

(Fischer CDU: Sachlich immer!)

Ist es nicht möglich, daß Sie mal zuhören? — Daß es also notwendig ist, vor Ort zu sein und insbesondere auch einen Anwalt der Bezirke im Senat zu haben.

(Kruse CDU: Oder einen Aufpasser!)

Nun sagen Sie, das Ganze hätten wir grün angestrichen. Hat nicht das Wahlergebnis unter Umständen auch signalisiert, daß den Fragen des Umweltschutzes, jedenfalls bisher, von uns beiden als Parteien gesprochen, vielleicht nicht die genügende oder eine unzureichende Aufmerksamkeit geschenkt worden ist? Hat das Wahlergebnis das nicht signalisiert? Und ist es also insofern aus dem Wahlergebnis wirklich nicht abzulesen, daß man in dieser Hinsicht an eine Neuordnung der Kompetenzen herangehen sollte? Ich meine, daß das Wahlergebnis dies eindeutig belegt hat, und ich glaube, daß das, was hier vorgeschlagen wird, eine gute Lösung ist.

Ich komme nun auf den Punkt, wo Sie sagen, Hamburg sei damit nun endgültig die teuerste Landesregierung. Sie verschweigen dabei grundsätzlich zunächst einmal, daß es in Hamburg eine Zeit gegeben hat, in der die Zahl der Senatoren wesentlich höher war, nämlich 15. Das war die Zeit des Hamburg-Blocks.

(Echternach CDU: Und auch davor! Als Sie regierten, da gab es auch noch 15!)

— Davor waren es nicht mehr, nur zur Zeit der ernannten Landesregierung vielleicht, aber nicht in der Zeit eines aufgrund von freien und geheimen Wahlen gebildeten Senats.

(Willich CDU: Sie haben ein unvorstellbares Geschichtsbewußtsein!)

Also der Hamburg-Block hatte 15 Senatoren, und wir haben nur 13. Die Zahl 13 hat es im Verlauf der Nachkriegsgeschichte mehrfach gegeben. Wenn Sie so argumentieren, verschweigen Sie immer, daß zum Beispiel zum Ministergehalt in anderen Bundesländern natürlich die Diäten zu rechnen sind.

(Echternach CDU: Da muß auch mehr gearbeitet werden!) C

Das verschweigen Sie immer. Denn in aller Regel sind Minister anderer Landesregierungen Abgeordnete des jeweiligen Parlaments, mit Ausnahme von Bremen, wie Sie wissen.

(Perschau CDU: Sie rechnen die Aufwandsentschädigung nicht mit!)

Und Sie verschweigen des weiteren, daß Hamburg Kommune und Bundesland zugleich ist und es die Doppelregierung gewissermaßen von Stadtrat auf der einen und Landesregierung auf der anderen Seite naturgemäß nicht gibt. Sie verschweigen beispielsweise auch — jüngst war es in unseren Zeitungsausschnitten aus der "Süddeutschen Zeitung" abgedruckt —, daß just Herr Kiesl in München nunmehr festgesetzt hat, daß es 15 hauptamtliche und vollbesoldete Stadträte in München geben soll.

(Echternach CDU: Herr Kiesl hat die Zahl reduziert, aber nicht vergrößert!)

In Frankfurt gibt es 13 Stadträte, in Berlin gibt es 13 Senatoren. Hier können wir uns mit Berlin vergleichen. Ich meine also, daß Ihre Behauptung einfach unzutreffend ist, zumal wir neben den landespolitischen Aufgaben die kommunalpolitischen Aufgaben erfüllen. Sie beachten auch nicht das System von Regierungspräsidenten, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen.

Ich glaube also, daß wir mit unserem Antrag die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis ziehen, daß wir aufgrund des Gesetzes über die Bezirksverwaltung in der Tat gut daran tun, einen Beauftragten, einen Senator für Bezirksangelegenheiten einzusetzen, und vor allem gut daran tun, der öffentlichen Kritik auf dem Felde des Umweltschutzes Rechnung zu tragen.

Was die Kultur betrifft, so meine ich, sollte sich eine Stadt wie Hamburg — manchmal etwas verschrien als die Stadt der Pfeffersäcke — durchaus einen eigenständigen Senator leisten. Jahrelang haben wir dies gehabt. Und es ist ja noch gar nicht so lange her, daß Sie mit beredten Worten die Abschaffung des Amtes des Kultursenators bei der Zusammenführung mit der Wissenschaft von dieser Stelle aus hier im Parlament bekämpft haben.

Ich meine, die Vergangenheit, die eine erhebliche kulturelle Belebung in dieser Stadt, auch dank der Politik — das sollte man offen sagen — von Professor Biallas gebracht hat, . . .

(Franz CDU: Das ist völlig neu aus Ihrem Munde!)

— Nein. Warum soll man das denn nicht sagen? Sicherlich bin ich jemand, der harte Kritik austeilen kann, aber ich kann auch Lob austeilen. Bei Ihnen fiele mir allerdings nichts ein. Das gebe ich zu.

(Beifall bei der SPD — Franz CDU: Darauf verzichte ich auch!)

Ich meine also, daß wir gut beraten sind, wenn wir diesen so bedeutsamen Bereich in der Hamburger Politik durch einen eigenen Senator wahrnehmen lassen. Ich erhoffe mir davon eine weitere Belebung der Kulturszene in Hamburg insgesamt.

(Beifall bei der SPD)

С

Präsident Schulz: Meine Damen und Herren! Bevor ich das Wort weiter erteile: Herr Perschau, ich habe Ihren Zwischenruf, auf den Herr Hartmann mich aufmerksam gemacht hat, selbst nicht gehört. Da Sie nicht widersprochen haben, gehe ich davon aus, daß Sie ihn gemacht haben.

#### (Perschau CDU nickt)

Ich habe nicht die Absicht, mein Amt mit einem Ordnungsruf in der ersten Sitzung zu beginnen. Ich habe
in meiner Antrittsrede einige Bemerkungen über den
Umgang untereinander und über den Stil in diesem
Hause gemacht sowie über die politische Bedeutung,
die ich dem beimesse. Ich wäre sehr dankbar, wenn
das ernst genommen würde und wenn das Haus mich
nicht zwänge, von der Geschäftsordnung Gebrauch zu
machen, die dafür ein höchst unzureichendes Mittel
ist. Dies ist ein unparlamentarischer Ausdruck gewesen.

Das Wort hat Herr Prosch.

Prosch CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Herr Hartmann mit einem Bekenntnis beginnt, daß die Umgangsformen miteinander, insbesondere auch von seiner Seite, künftig etwas pfleglicher gehandhabt werden sollten, dann nehmen wir das...

(Hartmann SPD: Mit solchen Worten habe ich nie operiert!)

— Nein, das waren nicht diese Worte. Ich habe versucht, den Sinn richtig zu bekommen. Aber, Herr Hartmann, wenn ich mich so getäuscht haben sollte, bin ich gern bereit, anzunehmen, daß ich mich verhört habe. Dann kann man auf Sie natürlich wieder so reagieren, wie Sie hier bislang agiert haben. Aber ich habe geglaubt, das sei so gemeint.

(Dr. Voscherau SPD: Er meint, mit Begriffen wie "Heuchler" habe er nie operiert!

Das ist ein Mißverständnis!)

— Na ja, das ist ja abgehandelt, Herr Dr. Voscherau. Ich hatte Herrn Hartmann ein bißchen globaler verstanden, das heißt also für den Stil des Hauses insgesamt, und daß er sich keineswegs davon freigesprochen hat.

(Dr. Weiland SPD: Kommen Sie zur Sache!)

So habe ich ihn verstanden, und das wäre sehr schön.

(Willich CDU: Aber Herr Voscherau versteht ihn schon wieder richtig!)

Aber wenn das wieder richtiggerückt wird, dann hätten wir die alte klare Sache, Herr Hartmann. Dann freue ich mich auf Ihre nächsten Reden, bei denen Sie das dann wieder unter Beweis stellen können. Das, was Sie gesagt haben, Herr Hartmann, mag zwar in der Form und in der Sache etwas moderater geklungen haben, als Sie sonst aufzutreten gewohnt waren,

(Hartmann SPD: Von "Sache" war nie die Rede!)

aber in der Sache selbst

(Hartmann SPD: Eben!)

gibt es nicht ein Jota mehr an Argumentation für Ihre Haltung. Wenn Sie hier erklären, die Behörde müsse hinsichtlich der Kultur geteilt werden, und uns da als Zeugen heranziehen, kann ich nur sagen: Sie irren, Herr Hartmann!

### (Hartmann SPD: Nein!)

Wenn die CDU das Mandat der Bürger erhalten hätte, diese Regierung zu bilden, wären Schule, Hochschule und Kultur in einer Behörde unter einem Senator vereinigt worden. Noch soviel Augenwischerei führt nicht daran vorbei, daß der Unterschied zwischen SPD und CDU in den Auffassungen nicht nur in der Ansicht über die Behördenaufteilung, sondern insbesondere in der über die Zahl der Senatoren liegt. Wir hätten uns mit neun Senatoren begnügt und sind davon überzeugt, daß wir mit neun Senatoren für diese Stadt eine gute Politik gemacht hätten. Sie wollen heute 13 Senatoren installieren, nicht etwa - das hat Herr Echternach in aller Deutlichkeit gesagt, und Sie konnten es nicht widerlegen, Herr Hartmann - aus sachbezogenen, sondern aus parteiinternen Gründen, die hier deutlich zutage treten. Wenn Sie selbst noch Ihren Zeugen, Herrn Staak, als Innensenator anführen, dann muß ich fragen, wie Sie gegenüber dem Wähler klarmachen wollen, daß Herr Staak tatsächlich einer der wenigen starken Senatoren ist, die in ihren Ämtern übriggeblieben sind.

(Hartmann SPD: Das ist gar keine Schwierigkeit!)

1ch vermisse wirklich bislang die Information, daß die Vorgänger des Herrn Staak - Herr Schmidt, Herr Klose, Herr Ruhnau - jemals auf die Idee gekommen wären, einen solchen Vorschlag zu machen. Wenn Sie aus dieser Neuschaffung des Senatsamts auch noch für den Bürger herleiten wollen, damit werde mehr Bürgernähe in die Bezirke hineingetragen, dann können Sie das natürlich versuchen, Herr Hartmann, aber ich nehme an, daß Ihnen das niemand glauben wird. Hier wird nichts anderes getan als das, was schon gesagt wurde: Die Innenbehörde wird amputiert, es wird eine neue Rumpfbehörde geschaffen, und für den Bürger ändert sich nichts. Wir wollen einmal sehen, ob es sich für ihn nicht noch schädlich auswirkt. Dann ist es das Gegenteil: Der Steuerzahler darf dafür blechen. Das ist die ganze Konsequenz, die sich hinsichtlich dieser "grünen" Behörde für uns ergibt.

Wenn Sie hier auch darauf hingewiesen haben, daß dem Block-Senat als erstem 15 Senatoren angehörten — abgesehen davon, daß es einen kleinen Unterschied ausmacht,

(Paulig SPD: Das war ein Krampfsenat!) aus wie vielen Parteien und Fraktionen ein Senat ...

(Hartmann SPD: Das waren nur Sachgesichtspunkte!)

- Sind Sie nicht dieser Auffassung?

(Zuruf von Hartmann SPD)

Es sind also völlig sachbezogene Begriffe für Sie. Darf ich nur darauf hinweisen, Herr Hartmann, daß der erste Brauer-Senat 15 Senatoren umfaßte? Vielleicht ist das etwas, was Sie dann zu beruhigen vermag. Und dann hat der Block-Senat eben nicht unter anderem aus dem von mir angeführten Grund, sondern wegen der Kontinuität, die er von Herrn Brauer übernommen hatte, ebenfalls 15 Senatoren gehabt.

n

В

A (Lachen bei der SPD — Hartmann SPD: 30 Prozent weniger jetzt!)

Aber, meine Damen und Herren, Sie kommen doch nicht umhin, heute feststellen zu müssen, daß Sie ohne sachliche Begründung die Zahl der Senatoren ausweiten, Hamburgs Regierung zur teuersten Regierung machen und nun auch noch ein so dämliches Argument hinzufügen

(Helga von Hoffmann SPD: Dämlich?)

— entschuldigen Sie diesen unparlamentarischen Ausdruck —, also das Argument hinzufügen, daß die Senatoren auf die Abgeordnetendiäten hätten verzichten müssen.

(Hartmann SPD: Das habe ich nicht gesagt! Wie kommen Sie denn darauf? Ich habe gesagt, in anderen Ländern kämen die Diäten hinzu! Hören Sie doch mal zu!)

 Das haben Sie im Zusammenhang gesagt. Natürlich, da sind diese aber auch als Abgeordnete tätig, Herr Hartmann. Das hat doch damit überhaupt nichts zu tun.

(Zurufe von Hartmann und Paulig, beide SPD)

Aber so ist es doch, Herr Hartmann, das wissen Sie genau. Die Senatoren waren Abgeordnete, so wie diese Minister, und haben dann zu Recht Diäten als Abgeordnete erhalten. Wohin kämen wir denn, daß, wenn ein Abgeordneter auf sein Mandat verzichtet, er an anderer Stelle einen Ausgleich für ihm entgangene Diäten verlangt?

(Beifall bei der CDU)

Das kann ich nun wirklich nicht sehen. Insofern können Sie diese Situation in anderen Ländern nicht heranziehen, die übrigens für Bremen auch nicht zutrifft, wie Sie wissen. Bremen ist ein Stadtstaat, hat diese Diäten nicht und hat eine viel kleinere und sehr viel weniger kostende Regierung. Ich darf hinzufügen, daß in München Herr Kiesl sich nicht auf 15 festgelegt hat, sondern von übernommenen 15 auf 14 Personen reduziert hat. Nun können Sie Herrn Kiesl schelten, daß er nicht auch Ihre Zahl hier erreicht hat.

(Zurufe von Hartmann und Kern, beide SPD)

 Aber ich kann nur sagen: Das, was Herr Hartmann hier an Argumenten glaubt anführen zu sollen, sind keine. Und sie fallen auf Sie zurück, Herr Hartmann. Demzufolge bleibt unter dem Strich übrig mit der Ausnahme, daß Sie Ihrem linken Flügel irgendwelche Angebote machen mußten. Sie mußten Ihren Senat ausweiten gegen besseres Wissen, und der Herr Staak, der künftige Rumpf-Senator für das Innensenatsamt, wird eben sehen müssen, wie er damit als amputierter Innensenator zurechtkommt. Wir werden sehen, wie insgesamt diese Regierung in Hamburg arbeitet. Und ich kann Ihnen nur sagen: Viel Dampf, viele Zahlen, große Aufblähung und nichts dahinter. Wir werden sehen, was es den Steuerzahler insgesamt kostet, nicht nur an Senatoren - Herr Echternach hat die Rechnung bereits aufgemacht -, und wir werden ganz genau bei den kommenden Haushaltsberatungen überprüfen, welche Kosten wirklich durch die neuen Behörden auf den Bürger zukommen.

Wir werden erst recht darauf achten, was nun an Dampf aus diesen neuen Behörden kommt, wobei wir davon ausgehen, daß sich an der Arbeit kein bißchen verbessern wird — im Gegenteil: Wir werden sehr bald sehen, daß die Hamburger Bürger ein Weniger statt ein Mehr erhalten.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Schulz:** Wenn ich es richtig gesehen habe, liegen weitere Wortmeldungen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Das ist die Mehrheit. Gegenprobe. — Danke schön. Das war die Minderheit. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen zum

# Punkt 3:

#### Antrag der Fraktion der SPD:

# Wahl von Senatoren — Drucksache 6 —

Sie finden, so hoffe ich, auf Ihrem Platz den Stimmzettel, der entsprechend einer Vereinbarung im Ältestenrat abgefaßt worden ist. Ist auf irgendeinem Platz ein Stimmzettel nicht vorhanden? Dann darf ich die Schriftführer bitten, die Stimmzettel jetzt einzusammeln

#### (Die Wahl wird vorgenommen)

Herr Kollege Kern war so freundlich, mir durch Handzeichen in Erinnerung zu rufen, daß ja wohl die Wahlhandlung auch formell geschlossen werden muß. Sie ist geschlossen. Die Schriftführer zählen aus. Schönen Dank, Kollege Kern; ich lerne es noch.

Darf ich bitten, wieder Platz zu nehmen. Das Ergebnis der Wahl liegt vor.

Es sind 113 Stimmzettel abgegeben worden. Es haben erhalten:

66 Stimmen
67 Stimmen
66 Stimmen
67 Stimmen
67 Stimmen
112 Stimmen
67 Stimmen

Nach Artikel 34 der Verfassung sind 61 Stimmen erforderlich. Ich stelle fest, daß diese Zahl für alle erfüllt ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen nun zum

#### Punkt 4:

### Vereidigung der Senatoren

ich darf die sieben gewählten Herren bitten, hier vorn Platz zu nehmen.

(Die Gewählten treten vor)

Nehmen Sie ruhig noch Platz, meine Herren, das Stehen kommt gleich.

D

D

(Präsident Schulz)

Die Bürgerschaft hat Sie eben zu Senatoren der Freien und Hansestadt Hamburg gewählt. Ich habe Sie zunächst zu fragen, ob Sie die Wahl annehmen. Ich frage der alphabetischen Reihenfolge nach.

Herr Curilla?

(Curilla SPD: Ja!)

Herr Dahrendorf?

(Dahrendorf SPD: Ja!)

Herr Ehlers?

(Ehlers SPD: Ja!)

Herr Professor Dr. Grolle?

(Dr. Grolle SPD: Ja!)

Herr Lange?

(Lange SPD: Ja!)

Herr Professor Dr. Sinn?

(Dr. Sinn: Ja!)

Herr Professor Dr. Tarnowski?

(Dr. Tarnowski SPD: Ja!)

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen)

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg hat jeder Senator vor Antritt seines Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie. bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" einzeln nachzusprechen. Der Eid hat folgenden Wortlaut:

"Ich schwöre, daß ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, soviel ich vermag, fördern will."

Herr Curilla.

Senator Curilla: Ich schwöre es, so wahr mir Gott

Präsident Schulz: Herr Dahrendorf.

Senator Dahrendorf: Ich schwöre es.

Präsident Schulz: Herr Ehlers.

Senator Ehlers: Ich schwöre es.

Präsident Schulz: Herr Professor Grolle.

Senator Dr. Grolle: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Schulz: Herr Lange.

Senator Lange: Ich schwöre es.

Präsident Schulz: Herr Professor Sinn.

Senator Dr. Sinn: Ich schwöre es, so wahr mir Gott C

Präsident Schulz: Herr Professor Tarnowski.

Senator Dr. Tarnowski: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Schulz: Ich danke Ihnen. - Meine Herren! Erlauben Sie mir zwei Bemerkungen an die Adresse der neugewählten Senatoren: Sie übernehmen ein schweres, aber auch ein schönes Amt. Es ist eines der ältesten noch bestehenden republikanischen Ämter auf der Welt. Seien Sie sich der darin liegenden Verpflichtung bewußt. Die Bürgerschaft wünscht Ihnen eine glückliche Hand in der Amtsführung und Erfolg im Interesse aller Bürger unserer Stadt. Alles Gute!

(Beifall bei SPD und CDU)

Meine Damen und Herren! Für die soeben zu Senatoren gewählten Abgeordneten Curilla, Ehlers und Lange ruht gemäß § 38 a des Bürgerschaftswahlgesetzes das Abgeordnetenmandat. Als Nächstberufene üben das Mandat die in dem Wahlvorschlag der SPD unter den Nummern 76 bis 78 aufgeführten Bewerber Claus-Erich Weiß, Henry Brügmann und Hermann Ibs aus. Herrn Weiß und Herrn Brügmann dürfen wir also wieder in unseren Reihen begrüßen und Herrn Ibs neu herzlich willkommen heißen. Viel Erfolg in der gemeinsamen Arbeit!

(Beifall bei SPD und CDU)

Jetzt wird es prosaischer.

Ich rufe auf den

Punkt 5:

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU:

Einsetzung der Ausschüsse — Drucksache 10 —

Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt dem Antrag zu? - Danke schön. Das ist einstimmig so beschlossen.

lch rufe auf den

Punkt 6:

Dringliche Senatsvorlage:

Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den langjährigen Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft, Herrn Herbert Dau

— Drucksache 7 —

Zur Einbringung hat zunächst der Herr Erste Bürgermeister das Wort.

Erster Bürgermeister Klose: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am heutigen Tage, an dem die eigentliche Arbeit dieser Bürgerschaft in der neuen Legislaturperiode beginnt, möchte ich Ihnen, den Vertretern der Hamburger Bürger, ein besonderes Anliegen des Senats mit der Bitte um Zustimmung vorlegen. Der Senat hat beschlossen, Herbert Dau, dem (Erster Bürgermeister Klose)

A langjährigen Präsidenten dieses Parlaments, dem Mitglied der Bürgerschaft seit der ersten freien Wahl nach dem Ende der Diktatur, die Würde eines Ehrenbürgers der Freien und Hansestadt Hamburg zu verleihen. Es entspricht altem Brauch, dazu Ihre Zustimmung einzuholen.

Die Würde eines Ehrenbürgers ist die höchste Auszeichnung, die unsere in bezug auf äußere Auszeichnungen eher zurückhaltende Stadt an einen lebenden Mitbürger zu vergeben hat. Nach dem Kriege hat der Senat die Bürgerschaft viermal um ihre Zustimmung gebeten, nämlich zur Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Senator Dr. Everling, an den Bürgermeister und Parlamentspräsidenten Adolph Schönfelder und an die Bürgermeister Max Brauer und Herbert Weichmann. Nur der Letztgenannte weilt noch in unserer Mitte, und er ist auch heute hier, worüber ich mich sehr freue.

#### (Beifall bei SPD und CDU)

Der Senat ist der Überzeugung, daß Herbert Dau in jeglicher Hinsicht hervorragend geeignet ist, die Reihe der Ehrenbürger unserer Stadt fortzuführen als ein uns allen gegenwärtiges Beispiel herausragender Leistungen für unser Gemeinwesen.

Es liegt, so sagt man, im allgemeinen nicht in der Art der Menschen im Norden unserer Republik, um Leistungen viele und besondere Worte zu machen. Und ich weiß - wir alle wissen -, daß Herbert Dau geradezu ein Musterbeispiel für jenes Understatement ist, das sich scheut, die eigene Leistung, die doch für sich selbst sprechen sollte, auch noch öffentlich beschrieben und geehrt zu sehen. Ich finde, eine solche Haltung ist nobel und beispielhaft, aber das Stichwort "Beispiel" läßt auch noch eine andere Betrachtungsweise zu. Die parlamentarische Demokratie auf deutschem Boden ist 1919 wie 1949 unter anderem durch eine betonte Zurückhaltung in Fragen des äußerlichen Auftretens, der Repräsentation und auch der Ehrungen gekennzeichnet, dies nicht zuletzt unter dem Eindruck der zum Teil maßlosen Effekthascherei jeweils vorhergegangener Regime. Das ist vielleicht einer der Gründe dafür, daß sich die Bundesrepublik vielen Beobachtern als ein Staat darstellt, der leistungsfähig und vor allem wirtschaftlich stark ist, der sich aber zugleich schwertut, äußere Insignien seiner Leistung und Würde zu entwickeln, Errungenschaften zu feiern, sich als Erfolg schöpferischer politischer Arbeit darzustellen. Dementsprechend fällt es uns auch schwer, jene zu ehren, die an solcher Leistung maßgeblich mitgewirkt haben. Mir scheint, daß dies ein Fehler ist. Wir sollten den Mut auch zur Auszeichnung haben, denn in dieser Demokratie kommt Ehrung ja nicht von einem autokratischen Herrscher, sondern aus unserer Mitte. Und sie gilt nicht der Überhöhung eines einzelnen, sondern der Auszeichnung einer Leistung, die sich in aller Regel auf die Kraft der Gemeinschaft, auf das Fundament unserer demokratischen Grundord-

Ich füge hinzu: Diese demokratische Grundordnung mit ihren Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität gegenüber dem Mitbürger ist die wichtigste Errungenschaft in unserer staatspolitischen Entwicklung, verkörpert vor allem durch unsere Parlamente als Foren der Bürgerfreiheit. Besondere Ehrung gebührt deshalb dem, der sich um die Entwicklung

und Festigung der parlamentarischen Demokratie besonders verdient gemacht hat. Und genau das gilt ganz zweifelsfrei für Herbert Dau. Er hat in den über drei Jahrzehnten, die er in diesem Hause tätig gewesen ist, ob als einfacher Abgeordneter oder als Präsident, eine dem Gemeinwohl der Bevölkerung mit großer Hingabe dienende Leistung vollbracht — so heißt es zu Recht in der Ehrenbürgerurkunde —, eine Leistung, die entscheidend dazu beigetragen hat, das parlamentarische System als die Grundlage der politischen Willensbildung in unserer freiheitlichen Demokratie zu entwickeln und zu festigen. Herbert Dau hat sich mit seiner Leistung bleibende Verdienste erworben, die anzuerkennen und zu ehren uns allen wohl ansteht.

Herbert Dau ist ein Symbol für lebendigen Parlamentarismus geworden, und er ist darüber hinaus ein Beispiel für jenen Bürger, der Gleichheit ohne Gleichmacherei für sich und damit als Beispiel für viele, die man heute Unterprivilegierte nennt, erstritten und buchstäblich erarbeitet hat.

Wenn wir auf das Leben dieses Mannes, auf seine Herkunft und auf seinen Weg zurückblicken, dann wird eines deutlich: Es genügt nicht, daß die Verfassungen dem einzelnen gleiche Rechte gewähren. Es kommt entscheidend darauf an, was der einzelne mit diesen Rechten für sich und für unzählige andere zu machen vermag. Herbert Dau hat etwas daraus gemacht. Hier steht vor uns der Sohn eines Hamburger Hafenarbeiters, einer unter neun Brüdern, geboren und aufgewachsen unter dem letzten Kaiser in einer Zeit, in der es zwischen Arbeitskampf als letztem Mittel der Verzweiflung und dem Gefängnis einen mitunter ganz kurzen Weg gab - der Vater konnte davon berichten in der wirkliche Not kein Wort aus alten Romanen. sondern konkrete Gegenwart war, in der der Kaiser einen Krieg führte und verlor, die Republik gegründet wurde und die Deutschen ihren ersten Versuch einer freiheitlichen Demokratie auf den Trümmern eines alten Staates zu gründen versuchten. Es war auch eine Zeit, in der das Lernendürfen nicht selbstverständliches Recht, sondern für Arbeiterkinder mit großen materiellen Opfern verbunden war. Zugegeben: Der Senat der Jahre 1919 bis 1933 sah in der Öffnung der bestehenden Bildungseinrichtungen für jedermann eine wichtige politische Aufgabe, für deren Verwirklichung er politisch gerungen, die er auch durchgesetzt hat. Dennoch haben nur wenige die sich daraus ergebenden Chancen nutzen können.

Es ist deshalb angemessen, auch insoweit von einem Beispiel zu sprechen. Denn auch die Art und Weise, wie der Hafenarbeitersohn Herbert Dau die in ihm liegenden und die — mit den heutigen Bildungschancen gar nicht vergleichbaren — von der Öffentlichkeit angebotenen Möglichkeiten genutzt hat, war und ist vorbildlich.

Er hat es 1930 bis zum Abitur gebracht. Die Älteren hier im Raume können beurteilen, was das für einen Arbeiterjungen damals, zumal am Beginn der Weltwirtschaftskrise, bedeutete, für ihn und für die Familie. Er wurde Versicherungskaufmann und hat es in diesem Beruf bis zum Generaldirektor bedeutender Unternehmen gebracht, eine Funktion, die ihm großen Einfluß in einem wichtigen Wirtschaftszweig unserer Stadt und weit darüber hinaus verschaft hat.

,

(Erster Bürgermeister Klose)

Herbert Dau hat diesen Berufsweg erfolgreich durchschritten, und er hat zugleich politisch gearbeitet. Dabei galt seine politische Arbeit einem anderen Bereich, als man ihn bei einem führenden Mann der Wirtschaft vermuten möchte. Herbert Dau schloß sich 1930 der Sozialdemokratischen Partei an. Dies geschah aus der Überzeugung und persönlichen Erfahrung heraus, daß man etwas tun müsse für die Menschen, die schlechter weggekommen sind. Er trat den braunen Machthabern entgegen, mit Mut und Entschlossenheit. Wir Jüngeren können heute nur noch ahnen, wieviel Mut dazu erforderlich war.

Er stand bei Kriegsende mit voller Kraft für den Aufbau der Demokratie und der Stadt zur Verfügung. Er gründete mit anderen in Hamburg die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft und leistete damit einen hervorragenden Beitrag zur Wiederbegründung jener Institutionen, die ein Kernstück des sozialen Rechtsstaates sind: freie, unabhängige Gewerkschaften als Vertreter der arbeitenden Menschen.

Herbert Dau hat gezeigt, was einer aus sich machen kann. Das ist eine Leistung, die allgemeine Bedeutung hat, weil wir in einem Staat leben und leben wollen, in dem nicht ein anonymes Kollektiv bestimmt, was aus dem einzelnen Bürger wird und werden darf.

Herbert Dau hat es zu Erfolg und Einfluß in Wirtschaft und Politik gebracht. Er hat dabei keinen Augenblick lang vergessen, woher er kam und wo seine Wurzeln lagen. Er hat ein Beispiel für gelebte Solidarität gegeben.

Herbert Dau war und ist stilprägend in einer Art, die man ohne Heimattümelei hamburgisch-hanseatisch nennen kann: nüchtern, zurückhaltend, im äußeren Anspruch bescheiden, bestimmt, wenn es sein mußte, humorvoll, selten bissig, treffend, aber nie verletzend. Dieser Mann hat durch sein ganzes Leben ein Vorbild an Mut und Pflichterfüllung, an sozialem Engagement und freiheitlicher Gesinnung gegeben.

Wir suchen in diesem Staat Vorbilder. Hier steht ein solches Vorbild vor uns, aus unserer Mitte gekommen, mit einer Lebensleistung, die anderen Vorbild sein kann; ein Mann, der ganz dem Bild des Bürgers in der Demokratie entspricht, der für sich selbst Verantwortung trägt und sich dem Ganzen verpflichtet weiß. Er hat unserer Stadt und unserem Staat gedient, weit über den Anspruch hinaus, den die Gemeinschaft an den einzelnen stellen kann.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Senats zuzustimmen, daß dieser Mann Ehrenbürger der Freien und Hansestadt Hamburg wird. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Schulz: Meine Damen und Herren! Zwischen den Fraktionen bestand keine Einmütigkeit über Art und Form der unserem langjährigen Präsidenten zukommenden Ehrung. Ich bin den Beteiligten dafür dankbar, daß dies nicht kontrovers ausgetragen wird. Es gibt Situationen, in denen die Würde eines Menschen, auch die Würde eines Amtes, zwar nicht den Meinungsverschiedenheiten, wohl aber der Form der Austragung Grenzen setzen. Die Bürgerschaft respektiert heute aus Anlaß der Ehrung Herbert Daus diese Grenzen.

The state of the s

Herbert Dau war kein bequemer Präsident. Er hat es sich und gelegentlich auch anderen nicht immer leicht gemacht. Aber trotzdem und vielleicht gerade deswegen kann ich für das ganze Haus unseren Respekt bekunden vor Lebensweg und Lebenswerk von Herbert Dau.

Herbert Dau war aktiver Sozialdemokrat. Herkunft und schwere Jugendjahre zeichneten seinen politischen Weg vor. Er hat in seiner politischen Überzeugung nie geschwankt und hat in den Jahren der Nazidiktatur Opfer und Gefahr für Leib und Leben für diese Überzeugung auf sich genommen. Aber er hielt es auch immer mit dem Satz: Wenn jemand mit seiner Partei zu einhundert Prozent einverstanden ist, dann ist entweder mit ihm oder mit seiner Partei etwas nicht in Ordnung. Diese Haltung hat ihm gelegentlich Ärger eingetragen. Aber für seine politischen Freunde und für dieses Parlament als Ganzes war eine solche Haltung letztlich Gewinn und ein fruchtbares Element in der Meinungsbildung.

Er hat nie zu den viel zu vielen gehört, denen der Gedanke unvorstellbar oder schrecklich ist, nicht er sondern der jeweils andere könnte recht haben. Er konnte und kann sich das vorstellen und war und ist bereit, daraus auch Konsequenzen zu ziehen, bis heran an jene Grenze, die das in ihm tief verwurzelte Gefühl der Solidarität ihm dabei setzte und setzt.

Herbert Dau war und ist kein Mann der großen Geste und des politischen Pathos. Er war ein Parlamentarier ohne Schnörkel, ein Politiker ohne Schnörkel, wie er eben ein Mann ohne Schnörkel ist. Der Ruf "Zur Sache" steht unüberhörbar in seiner Politik, in dem, was er sagte, und auch in dem, was er bei sich verschloß.

Dieser nüchterne Mann war Parlamentarier aus Leidenschaft, weil er Demokrat aus Leidenschaft ist. Er hat den politischen Meinungskampf immer bejaht. Dem Abgeordneten und dem Präsidenten war Suppe ohne Salz ein Greuel. Die freie, wenn auch scharfe Rede und Gegenrede im Parlament zur Selbstverständlichkeit zu machen, war eines seiner Ziele. Daß er es nicht ganz erreicht hat, war sein Kummer, der ihm in den letzten Jahren die Freude am Amt auch getrübt hat.

Meine Damen und Herren! In der politischen Tradition dieser Stadt spielen die beiden Begriffe Arbeiterschaft und Kaufmann eine besondere Rolle. In Herbert Dau, in seinem Lebensweg, haben beide Elemente hamburgischen Lebens und hamburgischer Politik eine glückliche Symbiose gefunden. Er gehört übrigens zu den wenigen Unternehmern in dieser Stadt, die die Verpflichtung zum politischen Engagement nicht nur sehen und im Prinzip bejahen, sondern daraus auch praktische Konsequenzen zogen und die Bürde eines Abgeordnetenmandats auf sich nehmen. Es würde dieser Stadt guttun, wenn dieses Beispiel, dieses Vorbild, das Herbert Dau damit gesetzt hat, von anderen aufgenommen würde. Dies gilt in gleicher Weise für die stete Bereitschaft Herbert Daus, auch dort trotz seiner vielen Verpflichtungen für das gemeine Wohl zu wirken, wo Glanz und öffentliche Anerkennung jedenfalls nicht zu erwarten sind, zum Beispiel im Elternrat oder im Vorstand eines Kinderkrankenhauses.

(Präsident Schulz)

Meine Damen und Herren! Die Nüchternheit, ja gelegentlich fast Kargheit seines öffentlichen Auftretens dürfen nicht über eine der liebenswertesten Eigenschaften Herbert Daus hinwegtäuschen: seinen Humor. Aber wenn man gelegentlich vom "goldenen Humor" spricht: Bei ihm jedenfalls war unter dem Gold der eiserne Kern doch zu spüren. Und so wird es — und ich denke, so soll es — denn auch in Zukunft bleiben.

Meine Damen und Herren! Herbert Dau hat in mehr als 30 Jahren — davon 18 Jahre als Präsident — dieses Parlament auch im Widerstreit entscheidend mitgeprägt. Ein Stück seiner Persönlichkeit ist gewissermaßen Bestandteil der Bürgerschaft geworden. Und wir alle empfinden deshalb mit besonderer Deutlichkeit: Lebensweg und Lebenswerk Herbert Daus gereichen seiner Vaterstadt zur Ehre. Wir wünschen ihm für den weiteren Lebensabschnitt Gesundheit und ungebrochene Tatkraft.

Ich schließe mit der Hoffnung, daß Herbert Dau noch oft diese Stätte seines langjährigen Wirkens aufsuchen möge, und daß er dann denen, die hören wollen, seinen Rat nicht versagt. — Ich danke Ihnen.

#### (Beifall bei SPD und CDU)

Meine Damen und Herren! Das Wort wird weiter nicht verlangt. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag des Senats zustimmen wollen, um ein Handzeichen. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich bitte um ein Handzeichen derjenigen, die sich der Stimme enthalten. — Ich stelle fest, daß der Antrag mit Mehrheit bei Enthaltung einer großen Minderheit angenommen worden ist.

Damit hat die Bürgerschaft, Herr B<mark>ürgermeister, das</mark> Ihrige getan.

Ich rufe jetzt auf den

В

# Punkt 7:

# **Dringliche Senatsvorlage:**

# Zwölftes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Beamtengesetzes — Drucksache 11 —

Wird das Wort gewünscht? Herr Lattmann hat das Wort.

Lattmann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die CDU-Fraktion wird dem Senatsantrag zustimmen. Der Antrag ist inhaltlich Teil des weitergehenden CDU-Antrags vom Juni vor vier Jahren. Wir haben seinerzeit zusätzlich beantragt, auch den Generalstaatsanwalt und den Polizeipräsidenten zu politischen Beamten zu machen. Wir haben auch beantragt, um zu einer klaren Lösung zu kommen, daß diese Bestimmung für alle diese rückwirkend gelten sollte, weil wir auch nicht zwei verschiedene Klassen von Staatsräten schaffen wollten. Dies beides ist unverändert unsere Meinung. Das soll hier noch einmal festgestellt werden.

Allen denen, meine Damen und Herren, die bedauern, daß durch den heutigen Beschluß eine über

fünfhundertjährige hamburgische Tradition zu Ende geht, sei gesagt: Nicht durch den heutigen Beschluß geht diese Tradition zu Ende; sie ist zu Ende gegangen durch die politische Praxis mindestens der letzten Legislaturperiode, wenn nicht schon vorher, und das, was heute hier geschieht, ist nur noch ein Nachvollziehen dessen, was bereits hamburgische Praxis ist.

#### (Beifall bei der CDU)

Dies hat mir auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion am 9. Februar 1977 in einer Debatte bestätigt, als er gesagt hat:

"..., daß in den vergangenen Jahren eine — wie ich zugebe — überhaupt nicht zu leugnende — ich will das ausdrücklich auch gar nicht leugnen — Politisierung im Kreis der Staatsräte stattfinde..."

Dieses ist unstreitig. Das war Absicht. Es hat sich in der vorigen Legislaturperiode erwiesen.

Wir hatten, dieses voraussehend, zu Anfang der Legislaturperiode, als die ersten Staatsräte-Ernennungen anstanden, von uns aus den Antrag gestellt, die neun Staatsräte zu politischen Staatsräten zu machen. Dieser Antrag hat — ich will das hier nicht referieren und wiederholen — vier Jahre lang in der Tiefkühltruhe des Parlaments gelegen; gelegentlich wurde er zwischendurch einmal wieder angetaut, um dann doch wieder hineingestopft zu werden. Am 13. April dieses Jahres haben die Regierungsfraktionen ihn endgültig abgelehnt. Er hat eine außerordentlich schnelle Auferstehung gefeiert.

Ich will nun hier keine Motivforschung betreiben, ob etwa bessere Einsicht dazu geführt hat, daß der Meinungswechsel vollzogen worden ist, oder ob man das Syndikat alter Art vielleicht als Klotz am Bein empfindet für bestimmte Dinge, die man in Hamburg vorhat, oder ob bestimmte personelle Wünsche nicht anders zu erfüllen gewesen wären als auf diese Weise. Aber eines lassen Sie mich bitte sagen, und zwar sehr eindringlich: Wir wünschen nicht und können uns nicht vorstellen, daß, auch wenn es politische Staatsräte sind, der Maßstab der Qualität, der an diese zu stellen ist, in irgendeiner Weise herabgesetzt wird. Auch politische Beamte haben die gleichen hohen Anforderungen zu erfüllen.

# (Hartmann SPD: Sehr richtig!)

Insofern sind wir einigermaßen überrascht über die Namen, die im Gespräch sind, die ausschließlich aus dem Kreis der engsten persönlichen Vertrauten des Ersten Bürgermeisters stammen, und wir meinen, mit einer so verengten Blickrichtung sollte man an die Auswahl nicht herangehen.

#### (Beifall bei der CDU)

Alle Einwendungen, meine Damen und Herren, die Sie nun in der vorigen Legislaturperiode gegen unsere Absicht erhoben haben, haben sich ja offenbar als fauler Zauber erwiesen. Was haben Sie nicht alles ins Feld geführt gegen unsere Absicht! Die Doppelfunktion der Staatsräte, einerseits weisungsgebunden, andererseits nicht weisungsgebunden, sei natürlich, wenn man sie zu politischen Beamten mache, eigentlich nicht haltbar. Die Konsequenz müsse sein eine Änderung der Verfassung des Senats, eine Abschaffung des Kollegialprinzips; zwangsläufig sei durchaus, daß die Staatsräte dann wohl auch die politi-

(Lattmann CDU)

schen Vertreter der Senatoren würden. Sie haben uns gesagt, es ergäbe sich automatisch — so Ihr Wort, Herr Hartmann — ein zusätzlicher Bedarf an einer neuen Verwaltungsebene unterhalb der Staatsräte, an einer neuen Ebene leitender Fachbeamter; dies sei erstens zu teuer, und das könne man doch in Wirklichkeit gar nicht wollen. Sie haben dann aber gesagt — und es ist heute natürlich schon fast ein Spaß, das hier zu zitieren —, das Ganze sei überhaupt ein völlig einseitiges Zugeständnis an die Opposition,

(Hartmann SPD: Zum damaligen Zeitpunkt, ja!)

die Einführung politischer Staatsräte nütze ausschließlich der Opposition und nicht der Regierung, und deshalb müßten wir natürlich etwas dafür geben, daß Sie bereit wären, das zu tun. Und Sie haben ein Paket geschnürt; ich glaube, acht oder zwölf Bestandteile hatte dieses Paket. Das Ganze sollte in größerem politischen Zusammenhang gesehen werden. Eine gemeinsame Lösung zu Anfang der neuen Legislaturperiode haben Sie uns noch vor wenigen Wochen offeriert, ganz davon abgesehen, daß der Senat durch Senator Eckström — aber das ist Legende — in der Sitzung des Verfassungsausschusses erklärt hat, der Zustand solle nicht geändert werden.

Meine Damen und Herren! Keine dieser Stellungnahmen gilt mehr; es gibt nur noch eine einzige, und die lautet: Was schert uns unser Geschwätz von gestern?

Die Krone des politischen Opportunismus gebührt aber dem Ersten Bürgermeister genau in dieser Frage. Am 22. September 1976 hat er in einer Debatte in der Antwort an mich gesagt — ich darf zitieren —:

"Aber ich vermag darin nichts Blamables zu sehen, weil es nach der hamburgischen Verfassung Aufgabe der Staatsräte ist, die — Gott sei Dank, sage ich — nach meiner Auffassung keine politischen Staatsräte sind, als rechtlich unabhängige Berater des Senats zu fungieren."

Das ist so ein richtiges, klares, seriöses Bürgermeisterwort: "Gott sei Dank keine politischen Staatsräte." Und heute, knapp zwei Jahre später, beantragt der vom gleichen Ersten Bürgermeister geführte Senat eben dieses. Herr Klose, wechseln Sie denn Meinungen wie schmutzige Hemden? Oder was halten Sie von politischer Glaubwürdigkeit? Dies ist schon ein bemerkenswerter Umfall und nicht zum erstenmal bei diesem Bürgermeister ein Sturz aus der Kuppel großer Worte auf den harten Boden der Wirklichkeit des Hans-Ulrich Klose.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Nun, mit diesem Problem müssen Sie fertig werden. Wir stimmen dem Senatsantrag zu, weil er Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit wieder miteinander in Einklang bringt, und weil er das, jedenfalls teilweise, nachvollzieht, was Sie in Hamburg längst geschaffen haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Schulz: Das Wort hat Herr Hartmann.

Hartmannn SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um der Chronistenpflicht zu genügen, muß ich mitteilen, daß auch wir zustimmen. Im übrigen, Herr Lattmann: Es ist überhaupt nicht zu leugnen, daß es zu bestimmter Zeit in meiner Fraktion, in meiner Partei für die Einrichtung des Instituts der politischen Staatsräte eine Mehrheit nicht gegeben hat. Aber wenn Sie mich zitieren, dann müssen Sie mich auch richtig zitieren. Denn daraus habe ich nie ein Hehl gemacht, daß ich schon immer dieser Meinung war. Ich habe in einer Anwandlung von Scherz einmal meiner eigenen Fraktion gesagt: Das, was ich vorschlage, braucht eben manchmal sechs oder acht Jahre. Aber das macht ja nichts; wir machen das jetzt. Ich habe Anlaß, darauf durchaus stolz zu sein. Darauf kommt es überhaupt nicht an.

Sie haben hier aber ein Wort gesagt, das ich nachdrücklich unterstreichen möchte: daß es auch in Zukunft in der Tat auf die Qualität der Staatsräte ankommt. Und in dem Zusammenhang muß ich einmal das ansprechen, was, seitdem der Senat sich dazu durchgerungen hat, dies beim Parlament zu beantragen, in der Öffentlichkeit läuft: daß dies nun alles in Gefahr sei und überhaupt, daß im Kreis der betroffenen Staatsräte alter Art eine große Beunruhigung sei. Ich darf daran erinnern, daß ich bei der Debatte hier im Plenum gesagt habe: Eines werden wir an Ihrem Antrag auf gar keinen Fall mitmachen, nämlich daß rückwirkend der Status der alten Staatsräte verändert wird. Auf diese Feststellung lege ich ungeheuren Wert.

Wenn jetzt in dem Gesetzentwurf zwei — wie das in modernem Deutsch heißt — Optionen für die Staatsräte alter Art verankert werden, dann ist das ein Punkt, zu dem die Staatsräte alter Art ihrerseits gesagt haben, daß diese beiden Punkte ihr besonderes Vertrauen herstellen.

Ich möchte nur für meine Person hier festhalten, daß es mitnichten etwa ein Mißtrauensbeweis ist, wenn man sagt, der Status der Staatsräte alten Rechts werde überhaupt nicht angetastet. Denn wir sind mit ihnen zufrieden, und sie sollen auch alle im Amt bleiben. Darauf lege ich im Zusammenhang mit der Qualitätsdiskussion ungeheuren Wert.

Ich meine, daß dieser Weg, der von vielen bekrittelt oder skeptisch begleitet wird, absolut richtig ist. Wenn dieses Qualitätsargument dauernd in den Vordergrund geschoben wird, dann muß ich wirklich einmal fragen, ob es etwa ein Stück Hamburger Hochnäsigkeit ist, behaupten zu wollen, daß in allen anderen Bundesländern und beim Bund sowie in ziemlich allen westlichen Demokratien genau diese Art politischer Beamter existiert. Nur in Hamburg ist das anders und allerdings — wie sollte es anders sein? — in Bayern. Ich meine also, daß wir keineswegs etwas Revolutionäres tun. Manchmal ist es bei bestimmten Dingen auch so: Wenn sie 500 Jahre alt sind, dann können sie durchaus — das kommt vor — eine Änderung vertragen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Schulz: Meine Damen und Herren! Das Wort wird weiter nicht verlangt. Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich das Haus auf Ziffer 5 der Begründung des Entwurfs hinweisen. Danach hält es der Senat für zweckmäßig, daß bei der Beschlußfassung Artikel 51 der Verfassung beachtet wird. Ich

D

(Präsident Schulz)

weise deshalb vorsorglich darauf hin, daß nach Artikel 51 der Verfassung zu einem Gesetz, das die Verfassung ändern soll, zwei übereinstimmende Beschlüsse erforderlich sind, zwischen denen mindestens 13 Tage liegen müssen. Beide Beschlüsse müssen bei einer Anwesenheit von drei Vierteln der gesetzlichen Mitgliederzahl — also 90 — und mit Zweidrittelmehrheit der Anwesenden gefaßt werden. Ich frage die Schriftführer, ob mehr als drei Viertel der Abgeordneten anwesend sind. Nach meinem Eindruck ist das so. Es sind weit über 100. Dann darf ich das so feststellen.

Dann bitte ich diejenigen, die dem Zwölften Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Beamtengesetzes zustimmen wollen, um ein Handzeichen. — Danke schön. Dies ist einstimmig, und damit hat es auch mit Sicherheit die Zweidrittelmehrheit erreicht. Eine zweite Lesung erfolgt am 12. Juli 1978.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf den

#### Punkt 8:

# Dringliche Senatsvorlage:

Haushaltsplan 1978
Kapitel 9890 "Sonstige Einnahmen und Ausgaben"
Titel 971.01 "Mittel des Bürgerausschusses
nach Artikel 31 Abs. 2 der Verfassung"
Nachforderung von Haushaltsmitteln 1978
— Drucksache 8—

Wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall. Wer will dem Antrag zustimmen? — Danke schön. Das ist einstimmig.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Die nächste Sitzung findet am 12. Juli statt. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17.32 Uhr

С